

AGF EuropaNews

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – November 2022

Inhalt

Nachrichten aus den EU-Institutionen	1
EU-Kommission: Leitlinien zur Bewältigung der Energiekrise.....	1
EWSA: Stellungnahme zur Situation pflegender Angehöriger	1
EU-Kommission: Bericht über Umsetzung des europäischen Bildungsraums	1
EU-Kommission: Gemeinsames Hilfetelefon gegen Gewalt an Frauen	2
Rat der EU: Ratsempfehlung für schulischen Erfolg beschlossen.....	2
Rat der EU: Jugendaktionsplan für das auswärtige Handeln angenommen.....	2
Gesetz über digitale Dienste in Kraft	2
EU-Kommission: Spendenaufruf für Schulbusse für Kinder in der Ukraine.....	3
Nachrichten aus den europäischen Staaten	3
Italien: Haushaltsgesetz zur Entlastung der Bevölkerung.....	3
Finnland: Gleiche Arbeitszeiten von Männern und Frauen erreicht.....	3
Schweiz: Empfehlungen zur Förderung der politischen Partizipation von Jugendlichen.....	4
Malta: Abtreibungen bei Lebensgefahr sollen legalisiert werden.....	4
Estland: Änderungen bei Familienleistungen für kinderreiche Familien.....	4
Bulgarien: Vernachlässigung häufigster Grund für die Heimunterbringung von Kindern.....	5
Weitere Nachrichten	5
Offener Brief für ein sicheres Internet für Kinder	5
UNESCO-Staaten einigen sich auf Förderung frühkindlicher Bildung und Betreuung.....	5
Internationaler Tag der Kinderrechte.....	6
Global Education Week	6
Berichte und Studien	6
UNICEF: Förderung von Geschlechtergerechtigkeit in der frühkindlichen Bildung.....	6
Euaa: Jüngste Entwicklungen im Bereich Flucht und Asyl	7
OECD: Kurzbericht zur Gender Pay Gap und Empfehlungen auf betrieblicher Ebene.....	7
COPE: Berichte über die Beteiligung von Kindern inhaftierter Eltern	7
Population Europe: Bericht über Klimawandel, Vertreibung und Migration.....	8
Social Inclusion: Themenheft zu Bildungsgerechtigkeit im Lebensverlauf.....	8
Bevorstehende Veranstaltungen.....	9

Nachrichten aus den EU-Institutionen

EU-Kommission: Leitlinien zur Bewältigung der Energiekrise

Die EU-Kommission hat Empfehlungen zum wirtschaftspolitischen Umgang mit der aktuellen Energiekrise und Inflation vorgelegt. Sie wurden im Rahmen des Herbstpaketes des Europäischen Semesters veröffentlicht, mit dem die wirtschaftspolitische Koordinierung der EU für das Jahr 2023 begonnen hat. Angesichts gestiegener Preise seien sowohl private Haushalte als auch Unternehmen stark belastet. Die Mitgliedstaaten werden aufgerufen, auf das gemeinsame Ziel einer Stabilisierung der Inflation bei zwei Prozent hinzuarbeiten. Um Bürger:innen und Unternehmen zu entlasten, sollten hohe öffentliche Investitionen getätigt werden. Diese müssten so gestaltet werden, dass sie keine negativen Effekte auf die Inflation hätten. Außerdem müsse sichergestellt werden, dass öffentliche Gelder effizient genutzt würden. Maßnahmen sollten zielgerichtet für die Haushalte und Unternehmen entworfen werden, die sie am meisten benötigten. Im Rahmen des Herbstpaketes wurden außerdem u.a. der Warnmechanismusbericht zur Erkennung ökonomischer Ungleichgewichte und der Vorschlag für einen Gemeinsamen Beschäftigungsbericht veröffentlicht.

- [EU-Kommission: Herbstpaket des Europäischen Semesters](#) 

EWSA: Stellungnahme zur Situation pflegender Angehöriger

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) hat eine Stellungnahme zur Betreuung von Menschen mit Behinderungen und älteren Menschen durch Angehörige veröffentlicht. Damit soll auf die Situation pflegender Angehöriger aufmerksam gemacht werden: Diese seien größtenteils Frauen, die unentgeltlich Pflegetätigkeiten verrichteten. Sie seien aufgrund dieser Situation armutsbedroht, da sie kein individuelles Einkommen beziehen und keine Beiträge zur Sozial- und Rentenversicherung leisteten. Der EWSA ruft dazu auf, die Rolle pflegender Angehöriger in Pflegearrangements angemessen zu würdigen und einen rechtlichen Rahmen zu schaffen, der sie in ihrer Tätigkeit schützt und für ihre Zukunft absichert. Es müssten Maßnahmen geschaffen werden, die es Menschen mit Behinderungen ermöglichen, auch außerhalb der Familie ein selbstständiges und würdevolles Leben zu führen. Für die Fälle, in denen sich Angehörige dennoch entschieden, ihre Familienmitglieder anstelle einer Erwerbstätigkeit pflegen zu wollen, müssten Transferleistungen geschaffen werden, die eine ausreichende Absicherung bieten. Außerdem sollten betriebliche Arrangements gefördert werden, die erwerbstätigen pflegenden Angehörigen eine flexible Einteilung von Erwerbs- und Care-Arbeit ermöglichen.

- [EWSA: Stellungnahme "Betreuung von Menschen mit Behinderungen und älteren Menschen durch Angehörige"](#) 

EU-Kommission: Bericht über Umsetzung des europäischen Bildungsraums

Die EU-Kommission hat ein Berichtspaket zum aktuellen Stand der Umsetzung des europäischen Bildungsraums veröffentlicht. Um dieses Ziel bis zum Jahr 2025 zu erreichen, laufen aktuell 40 Maßnahmen auf europäischer Ebene und in den Mitgliedstaaten. Die Zahl der Schulabgänger:innen ohne Abschluss verringere sich und die Zahl der tertiären Bildungsabschlüsse nehme stetig zu. Auch die Inanspruchnahme von Angeboten der frühkindlichen Bildung und Betreuung sei deutlich angestiegen. Finanziell sei die Bildung besser ausgestattet als in den Jahren zuvor. Mit den verfügbaren Mitteln aus der Aufbau- und Resilienzfazilität und aus dem Kohäsionsfonds könnten wirksame Reformen für das Ziel eines gemeinsamen Bildungsraumes finanziert werden. Das Berichtspaket enthält

neben diesem Fortschritts-Bericht auch den Monitor für die allgemeine und berufliche Bildung, in dem die Bildungssysteme, jeweilige Herausforderungen und politische Reformen detailliert dargestellt sind.

- [Mitteilung über den Fortschritt bei der Vollendung des Europäischen Bildungsraums](#) 
- [Monitor für allgemeine und berufliche Bildung](#) 

EU-Kommission: Gemeinsames Hilfetelefon gegen Gewalt an Frauen

Anlässlich des Internationalen Tags gegen Gewalt an Frauen hat die EU-Kommission eine EU-weit erreichbare Telefonnummer für Betroffene von geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Frauen vorgestellt. Die Vereinheitlichung der Nummer des Hilfetelefons soll den Zugang für Betroffene in allen EU-Staaten erleichtern. Bisher haben sich 15 Mitgliedstaaten bereit erklärt, ihre telefonischen Hilfsangebote mit der geplanten Nummer 116 016 zu verknüpfen. In Deutschland ist das Hilfetelefon für gewaltbetroffene Frauen bereits unter dieser Nummer erreichbar.

Rat der EU: Ratsempfehlung für schulischen Erfolg beschlossen

Die Bildungsminister:innen der EU-Mitgliedstaaten haben sich auf eine Ratsempfehlung für schulischen Erfolg geeinigt. Darin werden die Mitgliedstaaten aufgerufen, den Schulerfolg zu fördern und Maßnahmen für Chancengleichheit zu ergreifen. Die Rate der Schulabgänger:innen ohne Abschluss sei in der EU mit durchschnittlich knapp zehn Prozent weiterhin zu hoch. Es müsse außerdem gezielt daran gearbeitet werden, dass der sozio-ökonomischen Status der Schüler:innen ihren Erfolg in der Schule und Ausbildung weniger beeinflusse. Wichtig sei frühes, präventives Handeln, zu dem Lehrer:innen befähigt werden müssten. Dabei sei auch der Aspekt des emotionalen und sozialen Wohlbefindens der Kinder und Jugendlichen an Schulen zentral. Mentale Gesundheit und Wohlbefinden seien entscheidende Faktoren für den Lernerfolg.

- [Council Recommendation on Pathways to School Success](#)  

Rat der EU: Jugendaktionsplan für das auswärtige Handeln angenommen

Der Rat der EU hat Schlussfolgerungen zum Jugendaktionsplan für das auswärtige Handeln angenommen. Er soll die Partizipation und das Engagement von jungen Menschen global fördern und dafür notwendige Ressourcen bereitstellen. Der Rat erkennt an, dass junge Aktivist:innen wichtige Beiträge zur Verteidigung der Menschenrechte in Konfliktregionen leisteten. Es sei daher entscheidend, deren Schutz zu gewährleisten. Um die Beteiligung junger Menschen in allen gesellschaftlichen Bereichen zu ermöglichen, müssten ihre Kompetenzen gefördert werden. So erhielten sie Zugang zu qualifizierter Erwerbstätigkeit und könnten die gesellschaftliche Entwicklung voranbringen. Dies gelte insbesondere für Mädchen und Frauen, denen Bildung und Erwerbsarbeit ein unabhängiges Leben ermöglichen könnte. Auch die Gesundheit junger Menschen spiele für diese Ziele eine wichtige Rolle. Der Rat betont daher, dass es wichtig sei, eine umfassende Gesundheitsversorgung weltweit zu fördern und dabei auch das Thema mentale Gesundheit zu berücksichtigen.

- [Rat der EU: Youth Action Plan in EU external action](#)  

Gesetz über digitale Dienste in Kraft

Mit dem Gesetz über digitale Dienste ist der erste EU-weite rechtliche Rahmen für Inhalte, Dienste und Waren im digitalen Raum in Kraft. Er regelt die Pflichten von Plattformen für den Schutz der Nutzer:innen und die Begrenzung

illegaler Aktivitäten im Internet. Mit der klaren Regelung der Verantwortlichkeiten soll auch für Unternehmen Rechtssicherheit geschaffen werden. So müssen diese künftig Rechenschaft über illegale Inhalte ablegen, den Kinder- und Jugendschutz verbessern und für ihre Nutzer:innen transparenter sein. Kinder und Jugendliche sollen nicht nur vor der Konfrontation mit gefährdenden Inhalten wie Abbildungen von sexuellem Missbrauch (sogenannte Kinder-Pornografie) geschützt werden. Geschaffen wurde auch eine Meldepflicht für illegale Inhalte auf Plattformen und Suchmaschinen. Diese soll die Strafverfolgung von sexuellem Missbrauch stärken und damit betroffene Kinder schützen. Große Anbieter mit über 45 Millionen Nutzer:innen, die eine Meldung aller Fälle nicht gewährleisten können, sind verpflichtet, jährlich eine Risikobewertung und Übersicht ihrer diesbezüglichen Maßnahmen vorzulegen. Die Mitgliedstaaten sind aufgerufen, eine verantwortliche Person zu benennen, die die Umsetzung des Gesetzes im jeweiligen Mitgliedstaat koordiniert.

- [EU-Kommission: Informationen zum Gesetz über digitale Dienste](#)

EU-Kommission: Spendenaufruf für Schulbusse für Kinder in der Ukraine

Die EU-Kommission bittet öffentliche Institutionen und Unternehmen darum, Busse für die Ukraine zu spenden. Sie sollen dafür sorgen, dass ukrainische Kinder in die Schule gebracht werden können. Beim Angriff Russlands auf die Ukraine seien tausende von Schulen und anderen Bildungseinrichtungen beschädigt worden. Um die Bildung von Kindern in der Ukraine sicherzustellen, müsste der Unterricht an anderen Orten organisiert werden. Spender:innen könnten sich an Kontaktstellen des EU-Katastrophenschutzverfahrens wenden. Dieses Verfahren organisiert bereits die Lieferung lebenswichtiger Güter in die Ukraine.

- [Spendenaufruf der EU-Kommission](#) 

Nachrichten aus den europäischen Staaten

Italien: Haushaltsgesetz zur Entlastung der Bevölkerung

Die italienische Regierung hat ein Haushaltsgesetz beschlossen, mit dem 35 Milliarden Euro zur Abfederung der Preissteigerungen zur Verfügung stehen. Die Bevölkerung soll mit einer Mehrwertsteuersenkung auf Hygieneartikel für Frauen, Babynahrung und Windeln entlastet werden. Außerdem werden die Lohnnebenkosten um zwei , bei niedrigen Einkommen um drei Prozent gesenkt. Für die Lohnsteuer wurden Freibeträge erhöht und die Mindestrente soll um 20 Prozent steigen. Eingeschränkt werden soll hingegen das Grundeinkommen: Es wird nur noch an arbeitsunfähige Bürger:innen ausgezahlt. Auch die Tankrabatte werden reduziert: In Reaktion auf die Energiekrise hatte Italiens Regierung einen Rabatt von 30 Cent pro Liter Benzin eingeführt. Ab dem 1. Dezember wird dieser nur noch 18 Prozent betragen.

Finnland: Gleiche Arbeitszeiten von Männern und Frauen erreicht

Das finnische Amt für Statistik hat Zahlen zur Arbeitszeit von Frauen und Männern im Jahr 2021 veröffentlicht. Erstmals hätten die Geschlechter gleich viel Zeit für bezahlte und unbezahlte aufgewendet. Die Daten beziehen sich auf die Summe beider Arbeitsformen, also von Erwerbsarbeit und Care-Arbeit sowie Haushaltstätigkeiten. Es bestehe weiterhin ein Geschlechterunterschied bei den Zeiten für Erwerbsarbeit und unbezahlten Haushaltstätigkeiten, wenn man sie im Einzelnen betrachtet. So leisteten Frauen täglich durchschnittlich 37

Minuten mehr unbezahlte Arbeit. Es zeigt sich jedoch ein Trend in Richtung Angleichung: Die Zeit, die Männer im Durchschnitt für Care-Arbeit aufwendeten, sei um elf Minuten angestiegen. Die Autor:innen der Auswertung führen die Entwicklungen zu einer geschlechtergerechten Arbeitsteilung auf Wertewandel und familienpolitische Reformen zurück. Zum Beispiel haben seit April dieses Jahres beide Elternteile den gleichen Anspruch auf Elternzeit (s. [EuropaNews 09/22](#)).

Schweiz: Empfehlungen zur Förderung der politischen Partizipation von Jugendlichen

Die Eidgenössische Kommission für Kinder- und Jugendfragen (EKKJ) der Schweiz hat Empfehlungen zur Förderung der politischen Beteiligung von Kindern und Jugendlichen veröffentlicht. Sie wurden auf Grundlage der Ergebnisse einer Studie der EKKJ formuliert, die Beteiligungsformen und Motivation von jungen Menschen zum politischen Engagement untersucht hat. Diese hatte ergeben, dass Jugendliche sich einen leichteren Zugang zu politischer Partizipation und die Vermittlung von Informationen und Kompetenzen dazu in der Schule wünschten. Die EKKJ empfiehlt Maßnahmen, um das politische Interesse von Jugendlichen zu wecken. Dabei sollten die Formen beachtet werden, in denen junge Menschen sich beteiligen. Dazu gehörten Social Media und andere nicht-institutionelle Beteiligungsformen. Über Partizipation lernten Jugendlichen Selbstwirksamkeit und könnten die Erfahrung machen, ihre Lebenswelt mitgestalten zu können.

- [EKKF: Bericht "Politische Partizipationsformen und Motivation von Jugendlichen sich zu engagieren"](#) 

Malta: Abtreibungen bei Lebensgefahr sollen legalisiert werden

Die maltesische Regierung plant Gesetzesänderungen, nach denen Abtreibungen in Ausnahmefällen legalisiert werden würden. Aktuell ist Malta der EU-Staat mit den strengsten Vorschriften für Schwangerschaftsabbrüche: Diese sind unter allen Umständen illegal, auch in Fällen von Vergewaltigung, Inzest, oder wenn das Leben der Schwangeren in Gefahr ist. Die Beihilfe zur Abtreibung kann strafrechtlich verfolgt werden und zu Gefängnisstrafen führen. Mediziner:innen, die Abbrüche durchführen, können ihre Approbation verlieren. Die vorgeschlagene Änderung soll Eingriffe legalisieren, die das Leben oder die Gesundheit der Schwangeren retten.

Estland: Änderungen bei Familienleistungen für kinderreiche Familien

Die estnische Regierung hat beschlossen, die Familienleistungen für kinderreiche Familien zu erhöhen. Für Familien mit mehr als drei Kindern besteht künftig ein Anspruch auf 650 Euro monatlich. Familien mit sieben oder mehr Kindern erhalten künftig 850 Euro monatlich. Das reguläre Kindergeld für das erste und zweite Kind beträgt je Kind 80 Euro monatlich. Außerdem wurde beschlossen, die zusätzlichen Leistungen für kinderreiche Familien anhand des Alters der älteren Kinder zu beschränken. Nach der geplanten Neuerung sollen Kinder nur noch bis zum 19. Lebensjahr in die Berechnung des Kindergeldanspruchs einbezogen werden. Bisher konnten sie bis zum Erreichen des 24. Lebensjahres als Kind gezählt werden und damit einen Anspruch auf zusätzliche Leistungen für Familien mit mehr als drei Kindern begründen. Aktuell ist der Anspruch auf Kindergeld ab dem 16. Lebensjahr an den Ausbildungsstatus des Kindes geknüpft. Mit der Neuerung besteht der Anspruch unabhängig davon, ob ein Kind im Alter von unter 19 Jahren zur Schule geht oder studiert. Damit soll vermieden werden, dass Familien mit Kindern mit Behinderungen oder chronischen Krankheiten benachteiligt werden.






Bulgarien: Vernachlässigung häufigster Grund für die Heimunterbringung von Kindern

Das Research Centre for Alternative Care an der Neuen Bulgarischen Universität befasst sich mit der Unterbringung von Kindern außerhalb ihrer Familien in Bulgarien und forscht zum dortigen Prozess der Deinstitutionalisierung. Im Rahmen dieser Forschung zeigte sich, dass über 80 Prozent der Kinder, die in Heimen aufwachsen, aufgrund von Vernachlässigung dort untergebracht wurden. Die Forscher:innen vermuten, dass die Armut der Familien der Grund sein könnte, warum die Situation dieser Kinder so eingestuft wurde. Die Praxis der Kinderschutzbehörden müsse daraufhin untersucht werden müsse, ob Vorurteile gegenüber armen Familien die Bewertung der Lage als Kindeswohlgefährdend beeinflussten. Zwar könne Armut ein sicheres Aufwachsen gefährden, die Trennung von Familien sei jedoch immer traumatisch für Kinder. Es müsse in jedem Fall abgewogen werden, ob die Unterbringung in alternativen Betreuungsformen tatsächlich eine Verbesserung für das betroffene Kind darstellen würde. Zudem sei die Qualität der verfügbaren Unterbringungsformen in Bulgarien so gering, dass sie die Marginalisierung und soziale Ausgrenzung der dort untergebrachten Kinder eher verstärkten.

Weitere Nachrichten

Offener Brief für ein sicheres Internet für Kinder

Anlässlich des Europäischen Tages für den Schutz von Kindern vor sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch am 18. November haben Kinderrechtsorganisationen einen offenen Brief an die EU veröffentlicht. Eurochild, Missing Children Europe, Terre des Hommes und weitere Organisationen fordern darin einen wirksamen Schutz vor sexuellem Missbrauch im Netz. Sie weisen darauf hin, dass über die Hälfte aller Kinder im Internet auf sexuelle Weise belästigt werden, wenn man das Zusenden sexueller Nachrichten oder Bilder und Videos sowie das Verbreiten intimer Bilder der Kinder und Jugendlichen einbezieht. Europa spiele eine zentrale Rolle bei der Verbreitung von Bild- und Videomaterialien sexuellen Missbrauchs: 62 Prozent aller sogenannten Kinderpornografie werde in Europa gehostet. Abschließend sind im offenen Brief einzelne Listen von Forderungen verlinkt, die beteiligte Organisationen im Feld ihrer jeweiligen Expertise aufstellen. Eurochild betont darin, dass Kinderschutz im Netz mit einem kinderrechtbasierten Ansatz entworfen werden müsse. Vorgeschlagen wird außerdem die Gründung eines EU-Zentrums für die Bekämpfung sexuellen Missbrauchs an Kindern.

- [Civil Society and Child Rights Organisations: We must make the Internet a Safe Place for Children](#)  
- [Eurochild: Vorschläge für den Kinderschutz vor sexuellem Missbrauch](#)  
- [Estimates of childhood exposure to online sexual harms and their risk factors](#) 

UNESCO-Staaten einigen sich auf Förderung frühkindlicher Bildung und Betreuung

Auf der UNESCO-Konferenz zu frühkindlicher Bildung und Betreuung haben 146 Staaten ihr Engagement für frühkindliche Bildung und Betreuung bekräftigt. Mit der Unterzeichnung der Tashkent-Deklaration verpflichteten sie sich, mindestens 10 Prozent ihrer Ausgaben für Bildung im Bereich der frühkindlichen Bildung zu investieren. Die Erklärung wurde auf der Konferenz in Tashkent (Usbekistan) als Ergebnis der Diskussionen von Regierungsvertreter:innen, Expert:innen und Fachkräften aus der Praxis beschlossen. Als Informationsgrundlage für die gemeinsame Auseinandersetzung hatte die UNCESCO einen Bericht zur Vorschulbildung weltweit vorgelegt. Darin zeigte sich, dass die Beteiligung an frühkindlicher Bildung in den zehn Jahren von 2010 bis 2020 von weltweit 46 auf 61 Prozent angestiegen ist. Die Beteiligungsrate liegt in ärmeren Ländern jedoch nur bei 20 Prozent. Da

Länder mit geringer Wirtschaftskraft durchschnittlich nur zwei Prozent ihres Bildungsbudgets für diesen Bereich ausgeben, könnte die Verpflichtung auf einen Anteil von zehn Prozent der Bildungsausgaben für Kinder aus diesen Weltregionen eine deutlich bessere Verfügbarkeit bedeuten.

- [Tashkent Declaration zur frühkindlichen Bildung](#)  

Internationaler Tag der Kinderrechte

Am 20. November, dem Jahrestag der Unterzeichnung der UN-Kinderrechtskonvention, wird international der Tag der Kinderrechte begangen. In diesem Jahr hat Unicef das Motto „Inklusion für jedes Kind“ ausgerufen. Mit Veranstaltungen und einer Kampagne auf Social Media wurde auf globale Herausforderungen in diesem Bereich hingewiesen. Unicef hat zudem einen aktuellen Bericht über die Auswirkungen von Diskriminierung auf Kinder veröffentlicht. In einer Stellungnahme betonte eine Vertreterin der EU-Kommission, dass Kinderrechte weltweit für die EU höchste Priorität hätten. Hervorgehoben wurden darin auch der Aktionsplan für Jugend, die Initiativen der EU für Kinderschutz im Internet und das globale Engagement der EU gegen Gewalt an Mädchen und Kinderarbeit.

- [Unicef-Website zum Internationalen Tag der Kinderrechte](#) 
- [Bericht "Rights denied. The Impact of discrimination on children"](#)  

Global Education Week

Die Global Education Week findet jährlich in der dritten Novemberwoche statt. Sie soll die Bildung zu Menschenrechtsthemen und den UN-Nachhaltigkeitszielen und den interkulturellen Dialog fördern. In jedem teilnehmenden Land koordiniert eine Organisation die Aktivitäten im Rahmen der Aktionswoche. Die Woche hat kein gemeinsames Thema für alle teilnehmenden Initiativen, sondern diese können den Themenfeldern People, Planet, Prosperity, Peace und Partnership zugeordnet werden. Auf der Website der Global Education Week sind die diesjährigen Aktivitäten aus 42 teilnehmenden Ländern dokumentiert. In Deutschland drehten sich die Veranstaltungen im Rahmen der Aktionswoche rund um das Thema Wasser.

- [Global Education Week 2022](#) 
- [Toolkit mit Informationen zur Aktionswoche, globaler Bildung und den Nachhaltigkeitszielen](#)  

Berichte und Studien

UNICEF: Förderung von Geschlechtergerechtigkeit in der frühkindlichen Bildung

UNICEF hat einen Bericht mit Strategien zur Förderung von Geschlechtergerechtigkeit in der frühkindlichen Bildung und Betreuung veröffentlicht. In allen Bereichen der frühkindlichen Bildung wurden Möglichkeiten identifiziert, wie Geschlechtergerechtigkeit gefördert werden kann: Planung und Finanzierung, Entwicklung von Inhalten, Personalstrategie, Beteiligung von Familien und Gemeinschaft und Qualitätssicherung. Im Bereich der Inhalte könnten altersgerechte Materialien zur Förderung der Gleichberechtigung entwickelt werden. Im Bereich des Personals könnten Fortbildungen zum Thema angeboten werden. Aber auch die ausgewogene Besetzung von Stellen in allen Hierarchieebenen könne zum Ziel einer geschlechtergerechten frühkindlichen Bildung beitragen. Mit guten Arbeitsbedingungen und höheren Löhnen könnte dazu beigetragen werden, das Ansehen dieses

feminisierten Berufsfeldes zu verbessern. Im Bereich der Planung und Qualitätssicherung könne die Dimension einbezogen werden, indem bei Investitionen und in ihrer Evaluation darauf geachtet werde, ob Mädchen und Jungen gleichermaßen von ihnen profitieren.

- [UNICEF: Tackling Gender Inequality from the Early Years](#)  

Euaa: Jüngste Entwicklungen im Bereich Flucht und Asyl

Die European Union Agency for Asylum (euaa) hat eine Analyse aktueller Entwicklungen im Bereich Flucht und Asyl veröffentlicht. Sie bezieht die Staaten der EU+ ein (neben den Mitgliedstaaten die Schweiz und Norwegen). Die Daten wurden im August dieses Jahres erhoben. Die Zahl der Asylanträge in der EU+ sei auf 84.500 gestiegen. Seit der großen Fluchtbewegung in den Jahren 2015 und 2016 seien nicht so hohe Zahlen verzeichnet worden. Darin nicht einbezogen sind die ca. 255.000 Anträge auf vorübergehenden Schutz, den Geflüchtete aus der Ukraine beantragen können. Die Zahl der Anträge von unbegleiteten Minderjährigen unter den Asylsuchenden sei ebenso deutlich angestiegen und habe mit 4.700 einen Höchststand seit 2015 erreicht. Im Vergleich zum Vormonat sei die Zahl der Anträge von Syrer:innen und Afghan:innen um 30 Prozent gestiegen. Mit 38 Prozent war die Anerkennungsrate der EU+ niedriger als in den sieben vorherigen Monaten. Sie lag jedoch über dem Durchschnitt der Anerkennungsrate aller Monate aus dem Jahr 2021, der bei 35 Prozent gelegen hatte.

- [euaa: Latest Asylum Trends](#) 

OECD: Kurzbericht zur Gender Pay Gap und Empfehlungen auf betrieblicher Ebene

Die OECD hat einen Kurzbericht mit aktuellen Zahlen zum Gender Pay Gap und Empfehlungen zu seiner Reduzierung auf der betrieblichen Ebene veröffentlicht. Die ungleiche Bezahlung von Frauen und Männern sei weiterhin hoch: Frauen hätten gleiche oder bessere Qualifikationen als Männer, arbeiteten jedoch häufig in niedrig bezahlten Positionen. Die Gender Pay Gap liege in den OECD-Staaten durchschnittlich bei 12 Prozent, gemessen an den Median-Einkommen von Vollzeit-Beschäftigten. Ca. drei Viertel dieser Differenz könne durch Unterschiede innerhalb von Unternehmen erklärt werden. Gehaltsunterschiede innerhalb von Unternehmen seien häufig durch unterschiedliche Verantwortungsbereiche und Aufgaben zu erklären, nicht immer durch direkte Ungleichbezahlung. Mit zunehmendem Alter zeige sich eine Tendenz der Vergrößerung dieser Unterschiede. Ein wichtiger Faktor dafür sei, dass die Familiengründung für Frauen weiterhin einen deutlichen Einbruch ihres Gehalts und ihrer Aufstiegsmöglichkeiten bedeute. Im Bericht werden politische Maßnahmen vorgeschlagen, die sich an Unternehmen richten. Dazu zählt die gezielte Förderung von Frauen, Transparenzmaßnahmen über Gehälter und Positionen und regelmäßige Evaluationen der Geschlechtergerechtigkeit im Unternehmen. Sie könnten familienpolitische Maßnahmen wie die Förderung einer gleichen Aufteilung der Care-Arbeit unterstützen.







- [OECD: Same skills, different pay. Tackling gender inequalities at firm level](#)  

COPE: Berichte über die Beteiligung von Kindern inhaftierter Eltern

Die Organisation Children of Prisoners Europe (COPE) hat in einem Projekt im Rahmen der Kampagne „Not my crime, still my sentence“ mit Kindern inhaftierter Eltern zusammengearbeitet, um Einblick in ihre Erfahrungen und mit der Haft ihrer Eltern verbundenen Herausforderungen zu erhalten. COPE hat aktuell zwei Publikationen aus dieser Zusammenarbeit erstellt. In einem Bericht werden die Ergebnisse der Auseinandersetzung von Kindern mit der Empfehlung des Europarates über Kinder inhaftierter Eltern dargestellt. Zu jedem Artikel der Empfehlung sind



die Perspektiven der beteiligten Kinder mit Zeichnungen und Zitaten dargestellt. So soll vermittelt werden, wie die politische Regelung der Inhaftierung von Eltern ihre Kinder betrifft. Die zweite Publikation beschäftigt sich mit den Auswirkungen der Covid-19 Pandemie auf die Kinder von Eltern in Haft. Dazu wurden Kinder aus fünf europäischen Ländern dazu befragt, wie sie diese Zeit erlebt haben. Einige der beteiligten Kinder konnten das Inhaftierte Elternteil während der Hochphase der Pandemie bis zu ein Jahr lang nicht sehen. Die Erfahrungen der betroffenen Kinder sind im Bericht nach Ländern unterteilt dargestellt.

- [COPE: What I think, in images and words](#)  
- [‘Not my crime, still my sentence’ A kaleidoscope for change in the pandemic world](#)  
- [Recommendation to member States concerning children with imprisoned parents](#)  

Population Europe: Bericht über Klimawandel, Vertreibung und Migration

In einer aktuellen Forschungsübersicht hat Population Europe die gegenwärtigen Kenntnisse zur Rolle des Klimawandels für Vertreibung und Migration zusammengetragen. Bisher hätten Naturkatastrophen zwar große Zahlen von Menschen aus ihrer Heimat vertrieben, jedoch größtenteils vorübergehend. Die Effekte des Klimawandels seien weniger klar abgrenzbar, da es sich um einen andauernden Prozess handele. Beispielsweise seien in den vergangenen 40 Jahren zwei Milliarden Menschen aus ländlichen Regionen in Städte gezogen. Die klimatischen Veränderungen und damit einhergehende Nachteile für z.B. Landwirtschaft spielten dabei eine Rolle. Der Klimawandel könne in der Forschung jedoch nicht als Faktor isoliert werden. Modellrechnungen schätzten, dass bis zum Jahr 2050 zwischen 78 und 175 Millionen Menschen aufgrund der Erderwärmung ihren Lebensmittelpunkt verlegen werden. Davon werde jedoch nur eine geringe Zahl international migrieren. Politische Bemühungen zur Regulierung dieser Prozesse müssten die menschliche Anpassungsfähigkeit einbeziehen und neben der Prävention an Möglichkeiten arbeiten, in betroffenen Regionen weiterzuleben.

- [Climate Change, Displacement, Mobility and Migration](#)  

Social Inclusion: Themenheft zu Bildungsgerechtigkeit im Lebensverlauf

Das Journal Social Inclusion hat aktuell ein Themenheft herausgegeben, in dem die Perspektive der „Life Course Justice“ vorgeschlagen wird, um die Verteilung von Ressourcen und Chancen im Bildungsbereich zu untersuchen. Ausgangspunkt dafür ist die Feststellung, dass sich Lebensverläufe zunehmend diversifizieren, während die sozialwissenschaftliche Forschung weiterhin von einem standardisierten Lebensverlauf ausgehe. Die Forschungsperspektive soll erschließen, wie in unterschiedlichen Phasen von Lebensverläufen der Zugang zu Wohlstand, Möglichkeiten und Privilegien verteilt sei. Dabei wird auch die geografische Dimension einbezogen. Die Beiträge befassen sich z.B. mit dem Aufwachsen von Roma-Jugendlichen in Portugal, der beruflichen Mobilität in unterschiedlichen Ausbildungsformen, weiblichen Soloselbstständigen und ihren Karriereverläufen in Deutschland und dem Lernen in späteren Lebensabschnitten bei Latino-Kanadier:innen. Zu einem geplanten Heft zum Thema Community-Entwicklung und präventive Pflege älterer Menschen ruft Social Inclusion in einem Call for Papers auf, bis zum 15. März 2023 Beiträge vorzuschlagen.

- [Social Inclusion: Life Course Justice and Learning](#) 
- [Call for Papers: Community Development and Preventative Care With Older People](#) 

Bevorstehende Veranstaltungen

Datum / Ort	Titel der Veranstaltung	Veranstalter
01. Dez. 2022 Bern, Schweiz	Kinder, Ehe, Trennung und Scheidung – Familienkonstellationen im Wandel	Eidgenössische Kommission für Familienfragen EKFF
07. Dez. 2022 Brüssel, Belgien	The European Care Strategy: challenges and the way forward	Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss
08. Dez 2022	Does Inequality Matter? How People Perceive Economic Disparities and Social Mobility in Japan	OECD
20. Dez. 2022 Online	"School Choice and Segregation" im Rahmen der Reihe Social Classes in the Digital Age	Population Europe
04. Jan. 2023 Online	"Health inequities" im Rahmen der Reihe Social Classes in the Digital Age	Population Europe
12.-14. Mai 2023 Newport, Wales & Online	ICCFR Annual Conference: The family offers a lifetime foundation to build resilience and elasticity	International Commission on Couple and Family Relations
26.-28. Juni 2023 Sheffield, GB	2023 Transforming Care Conference	Transforming Care Network

Die **Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V.** ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf), Zukunftsforum Familie (ZFF).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie leistet politische Lobbyarbeit für die Belange der Familien und fördert auf nationaler und internationaler Ebene den Dialog und die Kooperation zwischen den familienpolitischen Organisationen und den Verantwortlichen für Familienpolitik. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union) und in der International Commission on Couple and Family Relations (ICCFR) aktiv.



AGF e.V. · Karl-Heinrich-Ulrichs-Str. 14, 10785 Berlin ·

Tel.: + 49 (0) 30 2902825-78

E-Mail: europa@ag-familie.de · Web: <http://ag-familie.de>

Redaktion: Olga Kedenburg, Sven Iversen (v.i.S.d.P.)

Die AGF wird gefördert vom

